

Parteispitzel und Provokateure in der Schweiz

Autor(en): **Styx**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332461>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

velt muß dann lernen, seine monopolistische Politik ohne liberalistische Phrasen zu verfolgen. Die Politik wird so brutal werden, wie es die Wirtschaft ist, und aus dem »Retter des Volkes« wird dann ein »Feind des Volkes« werden.

Parteispitzel und Provokateure in der Schweiz

Von S t y x

Der Fall Wesemann, der die Weltöffentlichkeit zum Proteststurm aufrief, gibt Veranlassung, sich etwas näher mit der Frage des Spitzeltums und der Provokateure zu befassen. Speziell das Parteispitzeltum in der Schweiz in früheren Zeiten verdient eine kritische Beleuchtung. »Provokatorische Naturen« — sagt der Jurist Singerwald in seinem Werk »Agent provocateur« —, »Menschenverderber und Mephistopheles hat es wahrscheinlich zu allen Zeiten gegeben. System aber in diese Teufelskünste gebracht, zu einem Handwerk sie ausgestaltet und so das Institut des Agent provocateur geschaffen zu haben, das ist das Verdienst des absoluten Polizeistaates.« Es ist eine historische Tatsache, daß das Treiben der Spitzel und Provokateure ihren Höhepunkt immer in Zeiten politischer Gärungen erreicht. Je unruhiger, je turbulenter die Zeiten, um so größer ist nicht nur die Zahl dieser schmutzigen Subjekte, sondern um so skrupelloser sind auch die Mittel, die sie anwenden, um sich ihren Judaslohn zu sichern. Bereits in den Jahrzehnten des Ancien régime, als die Despotie jede revolutionäre Gärung brutal unterdrückte, bestand in Frankreich die Organisation der politischen Polizei, die sich aktiv der Anwerbung von Spitzeln bediente. In diese Organisation führte Napoleon I. eine Neuordnung ein, die er selbst »Cytherische Kohorte« nannte. Eine der Polizei angegliederte *Frauenorganisation*, deren Aufgabe polizeitechnisch so bezeichnet wurde: »Schöne, junge Damen sollen sinnliche Männer verführen und aushorchen.«

Mit dem Revolutionsjahr 1848 begann in Europa die erste Blütezeit des Spitzeltums. Bereits in jenem Jahre schrieb ein unbekannter Verfasser über das Spitzelwesen folgende treffende Zeilen: »Dieser Zweig ist zuerst am Giftbaum der französischen Polizei hervorgeschossen, und sogleich haben die Deutschen in ihrem Affensinn Pfropfreiser sich kommen lassen und ihre kleinen einheimischen Holzäpfel damit veredelt, auf daß künftig auch sie die Frucht der Erkenntnis des Guten und Bösen in ihrem Garten haben. Nur schlechte Regierungen haben von je solcher Mittel sich bedient, weil sie kein Vertrauen auf ihre innere Haltbarkeit gewinnen konnten, darum sind sie lauernd geworden und haben mißtrauisch sich bewachen lassen; einer guten Regierung ist das ganze Institut unwürdig, weil es das wechselseitige Vertrauen untergräbt, die Offenheit versperrt, die Sittlichkeit verletzt.«

Aber das sogenannte »tolle Jahr« (1848) hatte noch keine feste

Organisation geschaffen, die es wagen konnte, ihre Agenten ins Ausland zu entsenden, um die politischen Flüchtlinge zu bespitzeln und zu unüberlegten Handlungen zu provozieren. Selbst Bismarck, der sich während des Sozialistengesetzes sehr aktiv politischer Spitzel und Provokateure bediente, schrieb noch 1848 als preußischer Gesandter von Frankfurt a. M. aus an den damaligen preußischen Ministerpräsidenten von Manteuffel: »Die Polizeiaagenten, aus Mangel an Stoff, lügen und übertreiben unverantwortlich. Der unangenehmste Bundesgenosse unserer Gegner ist der wetteifernde Ehrgeiz unserer Polizeibeamten, Verschwörungen zu entdecken und die Resultate ihrer Bemühungen sowie die beabsichtigten und verhinderten Verbrechen in einer Weise aufzuputzen, daß man den eingeschüchternen Gemütern im bengalischen Feuer eines ununterbrochenen Retters der Krone und der Gesellschaft aus haarsträubenden Gefahren erscheint.«

Wie zutreffend diese Worte Bismarcks in jenen Tagen waren, bewies drei Jahre später der 1851 vom preußischen Ministerpräsidenten von Manteuffel inszenierte Kölner Kommunistenprozeß. Was war die Ursache? Der bürgerliche Revolutionär Kinkel war aus der Spandauer Festung entflohen. Europa lachte über die Unfähigkeit der preußischen Polizei. Es mußte ein Exempel statuiert werden. Diese Gelegenheit bot sich bald durch den später unter dem Sozialistengesetz zu Amt und Würden erhobenen Provokateur Stieber, der sich bereits 1846 als Spitzel seine ersten Lorbeeren bei der Inszenierung und blutigen Unterdrückung der »schlesischen Hungerrevolte« verdient hatte. Auf Wunsch Friedrich Wilhelms IV. von Preußen wurde Stieber in den Polizeidienst übernommen, um, wie der König an den preußischen Ministerpräsidenten von Manteuffel schrieb, »dem Publikum das langersehnte Schauspiel eines aufgedeckten und vor allem bestraften Komplotts zu geben.« Und weiter heißt es in diesem Brief: »Eilen Sie also mit Stiebers Anstellung und lassen Sie ihn sein Probestück machen.«

Dieses vom König verlangte »Probestück« gelang Stieber meisterhaft. Im Jahre 1851 wurde gegen 12 Personen Anklage erhoben, »im Laufe der Jahre 1848 bis 1851 ein Komplott gestiftet zu haben, dessen Zweck war, die Staatsverfassung umzustürzen und die Bürger gegen die königliche Gewalt und gegeneinander zur Erregung eines Bürgerkrieges zu bewaffnen.«

In dem »Kölner Kommunistenprozeß« lag der Anklage die Behauptung zugrunde, daß die Angeklagten mit Karl Marx und Friedrich Engels »hochverräterische Pläne« geschmiedet hätten. Doch der Indizienbeweis mißlang. Nun rückte Stieber mit schwererem Geschütz vor: »*Ein echtes Protokollbuch der Partei Marx*«, sogar unterschrieben »*Liebknecht*«. Was stellte sich heraus? Der Spitzel Wilhelm Hirsch hatte es auf Inspiration des Polizeiaagenten Fleury hin geschrieben, auch die Unterschrift Liebknechts gefälscht. Fleury hatte Hirsch immer wieder vorgehalten: »*Dokumente sind die Hauptsache; kann man sie nicht beschaffen, muß man sich doch zu helfen wissen!*« Karl Marx, der den beim Kölner Kommunistenprozeß angewandten Schwindel aufgedeckt hatte, schrieb damals: »Jena!... Das ist das letzte Wort für

eine Regierung, die solcher Mittel zum Bestehen, und für eine Gesellschaft, die solch eine Regierung zum Schutze bedarf. Das ist das letzte Wort des Kölner Kommunistenprozesses: . . . Jena!«

Das war ein Prozeß von vielen, die damals von der politischen Polizei mit Hilfe von Spitzeln angezettelt wurden. Und der Provokateur war immer — durch Jahre hindurch — ein und dieselbe Persönlichkeit: der später zum Geheimen Regierungsrat avancierte Schurke Stieber.

Am 11. Mai 1878 schoß der Spenglergeselle Hödel auf Kaiser Wilhelm I. und am 2. Juni desselben Jahres folgte das Attentat Dr. Karl Nobilings. Beide Attentäter gehörten nicht der Sozialdemokratischen Partei an. Nur Nobilings Schuß verwundete den Kaiser. Diese Attentate gaben Bismarck den langersehten Anlaß, 1878 im Reichstag das Sozialistengesetz durchzusetzen. Bis zum 28. Oktober 1888, also während zehn Jahren, mußte die deutsche Arbeiterschaft über 1000 Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafen auf sich nehmen. »So blindwütig aber auch die Reaktion hauste« — schrieb 1911 in einem Rückblick auf die Jahre des Sozialistengesetzes der verstorbene deutsche Genosse Eugen Ernst —, »die Sozialdemokratie stand doch bald wieder geeint und geschlossen da und nahm den Kampf mutvoll gegen eine ganze Welt von Feinden auf!«

Ausgangspunkt dieses Kampfes der deutschen Arbeiterschaft gegen Bismarcks reaktionäres Wüten wurde für viele Jahre *Schweizer Boden*. Damit beginnt aber auch die Epoche der Parteispitzel und Provokateure in der Eidgenossenschaft. Im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes müssen wir uns darauf beschränken, aus der Geschichte des Spitzeltums in der Schweiz in den Jahren des Sozialistengesetzes nur die ganz krassen Fälle hervorzuheben und hauptsächlich solche, die zu diplomatischen Konflikten zwischen der Bundesregierung und der kaiserlichen Regierung in Berlin geführt haben.

Die ungeheuren Summen, die Bismarck zur Bespitzelung und Provokation der deutschen Flüchtlinge aufwandte, standen ihm aus dem Zinsendienst des Millionenvermögens des 1866 verjagten Königs von Hannover zur Verfügung. Aus diesem Vermögen, dem sogenannten »Reptilienfonds«, der keiner budgetären Kontrolle unterlag, wurde jahrelang das Spitzeltum in der Schweiz unterhalten und bezahlt. Die mächtigste Waffe im Kampfe gegen Bismarcks Reaktion wurde die im Herbst 1879 in *Zürich* begründete Zeitung »*Sozialdemokrat*«. Am 28. September 1879 erschien in *Zürich* die Probenummer des »*Sozialdemokrat*«, internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge, im Verlag A. Herter, Industriehalle Riesbach, *Zürich*. Bereits in den ersten Nummern warnte die Redaktion des »*Sozialdemokrat*« ihre Korrespondenten und Abonnenten vor Spitzeln und Provokateuren. Eduard Bernstein redigierte das Blatt, der deutsche Sozialist Motteler, der »rote Postmeister«, hatte die Aufgabe, die 10,000 bis 12,000 Exemplare der Zeitung auf illegalem Wege nach Deutschland hinüberzuleiten.

Da auf dem gewöhnlichen Postwege das Blatt nach Deutschland

nicht gelangen konnte, wurde die sogenannte »Feldpost« unter Leitung Mottelers eingerichtet. Und nun setzt auch die großangelegte Aktion der deutschen Spitzel und Provokateure auf Schweizer Boden ein. In Berlin laufen die Fäden dieses Spitzelnetzes unter Leitung des Polizeipräsidenten von Madai zusammen. Während in Deutschland junge Burschen von Polizeispitzeln mit Zigarren bestochen und durch Schnaps und Bier berauscht werden, um von ihnen die politische Gesinnung ihrer Eltern zu erpressen, während in Berlin Arbeiterfrauen in Massen arretiert und bis aufs Hemd untersucht werden, ob sie verbotene Schriften auf sich tragen, »arbeiten« die ersten deutschen Spitzel in der Schweiz noch unterirdisch. Spitzel frequentieren die öffentlichen Verkehrslokale, Spitzel überwachen einzelne deutsche Emigranten, Spitzel gleiten durch die Volksmenge bei Versammlungen, Festen und Begräbnissen, allerorten wird gehorcht und spioniert und vor allem — provoziert.

Die »*Eintracht*« in Zürich ist das Ziel dieser Subjekte, wo sie als Horchposten auftreten und zu Dutzenden herumlungern. Zentrum für die Bespitzelung der deutschen Emigranten in der Schweiz wird Mülhausen im Elsaß unter Leitung des kaiserlichen Polizeinspektors Kaltenbach. Mit welchen Praktiken Kaltenbach operierte, dafür nur einige Beispiele. Er erschien eines Tages bei einem deutschen Sozialisten, den er in bedrängter Lage wußte, und bot ihm ganz erhebliche Summen an, um den deutschen Emigranten für Spitzeldienste zu gewinnen. Da der deutsche Sozialist, der von Beruf Silberarbeiter war, hartnäckig ablehnte, bot ihm Kaltenbach 5000 Franken zum Ankauf eines Silberladens an. Der deutsche Sozialist packte Kaltenbach schließlich am Kragen und warf ihn hinaus. Doch der kaiserliche Polizeinspektor gab seine Mission in Zürich noch nicht auf. Er suchte sein Heil in einer Wirtschaft in der Nähe der Druckerei, in der der »Sozialdemokrat« hergestellt wurde. Kaltenbach machte dem Wirt dieses Lokals, in dem hauptsächlich Arbeiter verkehrten, das Angebot, auszuhorchen, auf welchen Wegen der »Sozialdemokrat« nach Deutschland transportiert werde. Der Wirt nahm Rücksprache mit Genossen und ging scheinbar auf das Angebot ein. Man wollte Kaltenbach planmäßig auf eine falsche Fährte führen, die deutsche Polizei durch Alarmierung in Atem halten, die deutschen »Feldpostwege« sichern, dem Schurken Geld ablocken und den eigentlichen Auftraggeber, die kaiserliche Regierung, möglichst kompromittieren.

Der Plan gelang vollständig. Bei der nächsten Begegnung lüftete Kaltenbach sein Inkognito und versprach dem Wirt eine wöchentliche Bezahlung von 100 Franken. Nun wurden einige Sendungen mit Nummern des »Sozialdemokrat« und sonstige verbotene Lektüre zurechtgemacht und in scheinbar unverfänglicher Weise verschickt, eigens zu dem Zweck, um durch den »Verrat« des Wirtes in die Hände von Kaltenbach zu fallen. Der »Fang« gelang. Große Freude im Spitzelager. Nun folgte die zweite Düpierung Kaltenbachs. Der Wirt verschaffte Kaltenbach eigens für ihn präparierte, scheinbar hochwichtige Papiere, Briefe, Versandzettel usw., die der Wirt angeblich in der Ex-

pedition des »Sozialdemokrat« für Kaltenbach »gestohlen« hatte. Auch teilte der Wirt Kaltenbach mit, daß in der Nähe von Verviers (Belgien) eine große Sendung verbotener Literatur über die Grenze geschmuggelt werde.

Während Kaltenbach seine Schnüffler an die belgische Grenze kommandierte, ging ein großer Transport des »Sozialdemokrat« und illegaler Broschüren einen andern Weg. Die von Kaltenbach erhaltenen Gelder gab der Wirt an die Kasse des »Sozialdemokrat« ab, so daß die deutsche Polizei einige Zeit zu den Druckkosten des Blattes ihre Beiträge leistete. Quittiert wurden diese Zahlungen unter der Bezeichnung: »Von Schnüffel und Langohr im Deutschen Reich.«

Ein deutscher Genosse, der einige Tage in Zürich weilte, wurde ins Vertrauen gezogen und von Kaltenbachs Duplicierung informiert. Dieser Genosse teilte einige Zeit später in einer Hamburger Versammlung Parteifreunden Kaltenbachs Duplicierung in Zürich mit. An dieser Versammlung nahm auch ein gewisser Wolf teil, der in Parteikreisen den »Spitznamen« »der einäugige Wolf« führte und de facto zum Polizeispitzel »avanciert« war. Dieser Wolf berichtete über Kaltenbachs Blamage in Zürich nach Berlin. Von Berlin ging ein Bericht an Kaltenbach in Mülhausen im Elsaß ab. Wutschnaubend erschien Kaltenbach beim Wirt in Zürich und drohte mit Verhaftung. Als jedoch der Wirt dem kaiserlichen Polizeinspektor erklärte, wenn er nicht schleunigst verdufte, werde er ihn wegen Verleitung zum Diebstahl und Betrug anzeigen, verschwand Kaltenbach.

Von jener Stunde an hatte Kaltenbach eine solche Abneigung gegen die Eidgenossenschaft, daß er seine in der Schweiz tätigen Spitzel nur auf die deutschen Grenzstationen bestellte. Die Blamage Kaltenbachs in Zürich hatte aber noch eine gute Folge: der »einäugige Wolf« in Hamburg wurde aus der Partei ausgestoßen. Er ging nach London und korrespondierte gleichzeitig mit dem Anarchisten Most und dem Berliner Polizeipräsidenten von Madai.

Noch ein Fall eines Spitzels und Provokateurs in Zürich, der gleichzeitig in Kaltenbachs und des Dresdener Polizeikommissars Weller Diensten stand. Dieses Subjekt, namens Schmidt, ehemaliger Kassier des Arbeiterbildungsvereins in Dresden, war des betrügerischen Bankrotts angeklagt. Er bot sich der Polizei als Spitzel an — und der Prozeß wurde von der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen. Schmidt tauchte 1882 in Zürich auf und logierte sich beim Gastwirt J. Obrist zum »Taleck« in Hottingen ein. Dort hoffte er Anschluß an die Arbeiterschaft zu gewinnen. Die Zürcher Arbeiter waren aber bereits von Dresdener Genossen vor Schmidt gewarnt worden. Zwar merkte Schmidt, daß man ihm Kälte und Mißtrauen entgegenbrachte, doch blieb er standhaft. Aber alle Liebesmühe war vergeblich. Die Zürcher Arbeiterschaft blieb mißtrauisch. Da griff Schmidt zu andern Mitteln. In zudringlicher Weise lud er Arbeiter zum Trinken ein, in der Hoffnung, daß die sonst reservierten Zungen sich lösen würden. Armen Arbeitern, die in Verlegenheit waren, drängte er seine Spitzelgelder mit den Worten »Nehmen Sie es für die Partei!« förmlich auf. Sehr

interessiert erkundigte sich Schmidt, ob nicht ein »Attentatsfonds« existiere, »man müsse einen solchen unbedingt gründen«.

Bei der Demonstration gelegentlich der Abholung des Genossen A. Herter aus dem Gefängnis war Schmidt einer der aktivsten Agitatoren. Er übernahm einen Teil der Kosten, verschaffte Rosenknospen für die Knopflöcher der Demonstranten und ging eine Zeitlang im Zuge mit, verließ ihn jedoch, als man in die Nähe von Major Attenhofers Wohnung kam. Und das hatte seinen Grund. Herter, der damalige Redaktor der »Arbeiterstimme«, war infolge einer Klage eines Sozialistenhetzers, des »Limmat«-Redaktors Attenhofer, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Als der Demonstrationzug vor Attenhofers Wohnung angelangt war, erschallten stürmische Protestrufe und vor der Wohnung Attenhofers wurde ein Plakat, das dem Zuge vorangetragen worden war, niedergelegt. Auf dem Plakat stand: »Nieder mit den Polizeispionen und Verrätern an der Republik!«

Der Dresdener Provokateur Schmidt war bei diesem Demonstrationsakt aber nicht mehr zugegen. Wie sich später herausstellte, gehörte Schmidt zu den Intimen des Sozialistenhetzers Attenhofer. Schmidt ließ aber mit seinen Provokationen nicht nach. Er erklärte, »um seine Hingabe durch die Tat zu beweisen«, sich bereit, die frühere Schweizerische Vereinsdruckerei zu kaufen und allen finanziellen Schwierigkeiten ein Ende zu bereiten. Am 22. August 1882 fand auf Schloß Wyden ein Fest der Arbeiterschaft statt. Stramm marschierte Schmidt im Zuge hinter der roten Fahne, strahlenden Gesichts saß er an der Tafel und kaufte paketweise sozialistische Liederbücher und Broschüren, die er an die deutschen und schweizerischen Teilnehmer verschenkte. Als ein Genosse die rote Fahne hochleben ließ, applaudierte Schmidt stürmisch. Warum sollte auch Schmidt, wie es in einer Enthüllungsschrift über das Spitzeltum aus jenen Tagen heißt, die rote Fahne nicht hochleben lassen, da doch die rote Fahne auch ihn leben ließ.

Doch Schmidts Gastspiel in Zürich fand bald ein Ende, aus finanziellen Gründen. In jenem Jahre hatten sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Zürich eine dreitägige Konferenz abgehalten. Von diesen Beratungen hatte Schmidt keine Ahnung. Seinen Auftraggebern gegenüber hatte sich Schmidt jedoch stets gerühmt, daß er zu den »Führern« der Arbeiterschaft »die intimsten Beziehungen unterhalte«. Aus Schmidts später aufgefundenen Korrespondenzen mit Weber in Dresden und Kaltenbach in Mülhausen im Elsaß geht hervor, daß von diesem Zeitpunkt an auch die Geldquellen versiegtten. Schmidts Auftraggeber erklärten, trotz seinen stürmischen Bettelbriefen, nur für »geleistete Dienste« Geld zu schicken. Doch Schmidt gab die Hoffnung noch nicht auf. Er machte sich an einen aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Anarchisten heran und horchte ihn an.

In Zürich wurde geheim die anarchistische »Freiheit« gedruckt. Schmidt erhielt davon Kenntnis. Doch merkwürdigerweise erfuhr auch der Sozialistenhetzer Attenhofer davon und teilte in der »Limmat« mit, das Anarchistenblatt werde in Zürich gedruckt. Schon wiederholt

hatten Zürcher Arbeiter Schmidts Entlarvung verlangt. Doch waren immer einige Bedächtige darunter, die erst vollgültige Beweise für seine Spitzeltätigkeit forderten. Am 29. Oktober 1882 wurde Schmidt von mehreren Genossen mit Attenhofer im eifrigen Gespräch auf der Straße angetroffen. Das schlug dem Faß den Boden aus. In der »Arbeiterstimme« erschien ein Artikel, in dem der Provokateur und Spitzel Schmidt entlarvt wurde. Dem Wirt Obrist in Hottingen, bei dem Schmidt logierte, war inzwischen ebenfalls der Geduldfaden gerissen. In Begleitung eines Freundes begab sich Obrist in Schmidts Zimmer und forderte Durchsicht aller Papiere und Schriften. Bereitwilligst öffnete Schmidt Koffer und Schrank und zeigte zwei Brieffaschen zur Kontrolle vor. Nichts Verdächtiges wurde gefunden. Nun zeigte Obrist auf Schmidts rechte Brust und sagte: »Zeigen Sie uns die Papiere in dieser Tasche.« In größter Bestürzung erklärte Schmidt, diese Papiere enthielten nur intimste Privatangelegenheiten, er könne sie nicht zeigen. Während Schmidt und sein Freund sich ins Nebenzimmer begaben, um sich zu beratschlagen, verschwand Schmidt auf den Abort. Als Schmidt zurückkehrte, sagte ihm Obrist, man werde auch den Abort untersuchen. Obrist und sein Freund gingen in den Souterrain und fanden in der Unterwelt ein gesiegeltes Paket und eine Anzahl Briefe, die bewiesen, daß Schmidt in Wellers und Kaltenbachs Spitzeldiensten stand. Während Obrist und sein Freund im Souterrain weilten, war Schmidt entkommen.

Die noch in der Nacht von Arbeitern durchgeführten Nachforschungen blieben erfolglos. Schmidt war spurlos verschwunden. Die Affäre Schmidt ist hier so ausführlich behandelt worden, weil sie noch ein unerwartetes Nachspiel hatte. Die Entdecker der Schmidtschen Korrespondenzen im Abort, der Gastwirt Obrist, der sich als Genosse deklariert hatte und sein Freund, ein deutscher Flüchtling, der Moritz Oppenheimer hieß, hatten Schmidts Korrespondenzen kostenlos der Sozialdemokratischen Partei überlassen. Nachträglich verlangten sie die Rückgabe der Dokumente, um an Kaltenbach einen Erpressungsversuch zu unternehmen. Aber der »Sozialdemokrat« wartete mit einer Enthüllung auf: im Berliner »Reichsboten« war ein Schmutzartikel über den bayerischen Genossen Vollmar erschienen, als dessen Verfasser sich Moritz Oppenheimer entpuppte. Statt der geforderten Bezahlung der Schmidtschen Dokumente verabfolgte der Administrator des »Sozialdemokrat«, Richard Fischer, Moritz Oppenheimer eine Tracht Prügel und schmiß ihn hinaus.

Ende Februar 1883 verdufteten Obrist und Oppenheimer nach Amerika. Ersterer unter Hinterlassung zahlreicher Schulden, letzterer im Besitz so großer Summen, daß die Zürcher Arbeiter einhellig der Ueberzeugung waren, Moritz Oppenheimer sei ein würdiger Nachfolger des Provokateurs Schmidt gewesen.

Welche Ausmaße die Spitzeltätigkeit deutscher Agenten in der Schweiz während des Sozialistengesetzes angenommen hatte, beweist die Tatsache, daß der »Sozialdemokrat« unter dem Titel »Die eiserne Maske« eine ständige Rubrik eingeführt hatte, in der alle Provokateure

und Spitzel namentlich angeführt wurden. Ein »Entdeckertalent« für Spitzeltalente war der preußische Polizeirat Krüger. Er erschien in Genf und instruierte den neu angeworbenen preußischen Deserteur Haupt über die Notwendigkeit, »belastendes Material« zu beschaffen, das zur Verlängerung des Sozialistengesetzes gebraucht werde. Krüger schrieb an Haupt, der sehr zögernd vorging, u. a.: »Sie sind ein baumstarker Mensch, saufen Sie die Kerle über den Haufen, führen Sie dieselben nach Hause, bleiben Sie des Nachts in deren Zimmer, so bekommen Sie das Nötigste. Machen Sie sich an die Arbeit, ich verstehe, daß Sie noch von Humanitätsrücksichten geplagt werden. Das wird sich schon verlieren.« Krüger suggerierte Haupt, das nächste Attentat auf den Zaren werde in Genf vorbereitet. Krüger brauchte solche Berichte, da Bismarck die Absicht hatte, das Schweizer Asylrecht zu diskreditieren.

An einen andern deutschen Spitzel, den Tischler Schröder in Zürich, sandte Krüger außer monatlichen Salären noch größere Beträge zur Herstellung anarchistischer Blätter. Der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Bühler in Schaffhausen bekundete später, daß er das Anarchistenblatt »Die Freiheit« im Auftrage Schröders gedruckt hatte. Am erfolgreichsten war ein gewisser Kaufmann, der sich Anarchist nannte, aber Polizeispitzel war. Er berief im August 1883 eine Konferenz der Anhänger der »Propaganda der Tat« ein, an der die sich Anarchisten nennenden Spitzel Stellmacher, Kammerer, Kumicz und andere teilnahmen. Den Vorsitz führte Schröder. Der Erfolg dieser Konferenz war: am 22. Oktober 1883 erfolgte der Raubmord an dem Apotheker Lienhard in Straßburg, am 29. Oktober 1883 folgte die Dynamitexplosion am Frankfurter Polizeipräsidium, am 21. November 1883 unternahm Kumicz ein Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart, am 15. Dezember 1883 erschoss Kammerer den Polizeikommissar Hlubek in Wien und am 10. Januar 1884 begingen Kammerer und Stellmacher am Bankier Eisert in Wien einen Raubmord, wobei auch dessen zwei Söhne ermordet wurden.

Das war das Ergebnis der »Anarchisten«-Konferenz unter dem Vorsitz des Spitzels Schröder. Zu erwähnen ist noch ein Subjekt aus der langen Liste der Spitzel und Provokateure: der preußische Hauptmann von Ehrenberg, der in der Schweiz landesverräterische Beziehungen zwischen den deutschen Sozialdemokraten und dem französischen General Boulanger herzustellen versucht hatte, der aber auch »nebenberuflich« Unterricht im Barrikadenkampf erteilte. Außerdem betätigte er sich als Provokateur und veröffentlichte u. a. einen Aufruf »An alle mutigen Männer, welche ein besseres Los für die ausgebeuteten Klassen herbeiführen wollen«.

Schließlich artete das Spitzelwesen in der Schweiz in einen europäischen Skandal aus. Zur Entladung des angesammelten Konfliktstoffes zwischen der Bundesregierung und der kaiserlichen Regierung kam es, als Bismarck vom Reichstag eine Verlängerung des Sozialistengesetzes verlangte. Am 27. Januar 1888 erhob sich sofort nach Eröffnung der Sitzung Genosse Paul Singer und verlas eine von ihm und

August Bebel unterzeichnete Erklärung, in der die Schandtaten deutscher Spitzel und Provokateure in der Schweiz aufgezählt wurden. Verschärft wurden diese Feststellungen Bebels und Singers durch eine Tatsache, die in ganz Europa ungeheures Aufsehen erregte: der Zürcher Polizeihauptmann Fischer, der die Untersuchung gegen die deutschen Spitzel und Provokateure geführt hatte, hatte Bebel und Singer ihre Behauptungen vollinhaltlich bestätigt, u. a. auch das polizeiliche Untersuchungsergebnis, daß bei dem deutschen Spitzel Schröder eine Kiste mit Dynamit beschlagnahmt worden war, die aus der Dynamitfabrik Opladen, Regierungsbezirk Düsseldorf, stammte.

In Beantwortung der Interpellation Singers erklärte Minister von Puttkammer u. a., daß die Schweiz leider ein Land sei, wo sich die sozialrevolutionären Verbrecher ein Rendez-vous gäben. Den Zürcher Polizeihauptmann Fischer nannte er einen Beamten, wie er sich in Deutschland wohl schwerlich vorfinden werde. Puttkammer hatte trotz Bebels und Singers Enthüllungen die Stirn, seine Rede mit den Worten zu schließen: »Ich halte den Agent-provocateur für einen Schuft und deshalb lehne ich jeden Zusammenhang mit solchen Subjekten ab.« In der Debatte bemerkte der freisinnige Abgeordnete Ludwig Bamberger über den Zürcher Polizeihauptmann Fischer: »wenn ein Schweizer Beamter vor Tatsachen stehe, wie sie bei der Untersuchung gegen die Provokateure Haupt und Schröder festgestellt worden sind, könne man es ihm nicht verdenken, daß er sie an die Oeffentlichkeit brächte«.

Die nächste Folge der Enthüllungen im Reichstag war, daß der Zürcher Polizeihauptmann auf Verlangen der schweizerischen Bundesregierung vom Zürcher Regierungsrat einen Verweis erhielt. Zwischen Berlin und Bern kam es zu schwerwiegenden diplomatischen Auseinandersetzungen, die in ihrem Verlauf eine immer schärfere Tonart annahmen. Die Blamage, die Deutschland durch die Aufdeckung des schamlosen Treibens deutscher Spitzel in der Schweiz erlitten hatte, suchte Bismarck dadurch zu verwischen, daß er vom Leder zog und an die schweizerische Bundesregierung die unverschämtesten Forderungen stellte, die letzten Endes darauf hinausliefen, auf Schweizer Boden ein deutsches Polizeikorps zu organisieren. Wurde dieses Ansinnen auch vom Bundesrat schroff abgelehnt, so hatten Bismarcks Drohungen doch einen Erfolg: In der Sitzung vom 18. April 1888 beschloß der Bundesrat auf Antrag des Leiters des Departements des Auswärtigen, Droz, die deutschen Genossen Bernstein, Motteler, Tauscher und Schlüter aus der Eidgenossenschaft auszuweisen. Der Antrag Droz wurde mit 5 gegen 1 Stimme, gegen die Stimme von Bundesrat Ruchonnet, dem Leiter des Justiz- und Polizeidepartements, angenommen. Bundesrat Ruchonnet stand — wie Dr. J. Langhard in seinem Werk: »Die politische Polizei der Eidgenossenschaft« schreibt — der sozialen Frage nicht feindlich gegenüber. Bei seinen weitherzigen politischen Ideen, seiner Güte gegenüber Unglücklichen, Bedrängten und Verfolgten war ihm die politische Polizei, deren Handhabung bis zur Errichtung der Bundesanwaltschaft zu seinem Ressort gehörte, ziemlich unsympathisch. Mußte er von

Amts wegen gegen Fremde einschreiten, so nahmen er und seine Gattin sich der Familien, wenn sie in Not gerieten, durch Privatunterstützung an. Ruchonnet stimmte gegen die Ausweisung der deutschen Genossen, weil ihm der Ausweisungsbeschluß unpolitisch und unnütz erschien, als ein Akt der Schwäche und Nachgiebigkeit, dessen Folgen nicht ausbleiben würden. Ruchonnet sollte recht behalten, wie die weiteren diplomatischen Auseinandersetzungen mit Bismarck bewiesen.

Als Antwort auf den Ausweisungsbeschluß veröffentlichte der »Sozialdemokrat« eine Erklärung, die einleitend bemerkte, daß die Ausgewiesenen ihre Ueberzeugung nicht um ein Asyl verkauften. Dann heißt es weiter, daß nicht die Schreibweise des Blattes an der Ausweisung schuld sei, sondern »die Enthüllungen über das schmachvolle Treiben des preußischen Lockspitzelwesens« . . . »Es ist die Rache des Herrn von Puttkammer, der wir zum Opfer fallen. Unsere Ausweisung ist die eklatante Genugtuung für die beschämende Niederlage, die das preußische Spitzelsystem und seine Leiter im Reichstage erlitten haben.« Die Erklärung schließt mit den Worten: »Wir wissen, an wen wir uns zu halten haben und verlassen daher ohne Groll das Land, mit dessen Bewohnern wir stets den freundschaftlichsten Verkehr unterhalten haben. Ohne Groll, aber mit dem tiefsten Bedauern darüber, daß es den ersten Schritt auf einer abschüssigen Bahn getan, deren Endpunkt den Verlust seiner Freiheit bedeutet.«

Die deutsch-schweizerischen Beziehungen verschlechterten sich aber trotz der nachgiebigen Haltung Berns immer mehr, ganz besonders nach der Aufdeckung des Falles Wohlgemuth. Der deutsche Polizeiinspektor Wohlgemuth hatte mit dem deutschen Emigranten Lutz in Basel Beziehungen angeknüpft und letztern durch Geldsendungen als Spitzel zu gewinnen versucht. Am 27. April 1889 wurden Polizeiinspektor Wohlgemuth und Lutz nach ihrem Eintreffen zu Rheinfeldern in einer Wirtschaft beim schweizerischen Bahnhof verhaftet. Lutz wurde zunächst freigelassen, später jedoch ausgewiesen. Am 30. April verfügte der Bundesrat die Ausweisung Wohlgemuths, weil er Lutz als Lockspitzel angeworben und ihm die schriftliche Weisung erteilt hatte: »Wühlen sie nur lustig drauflos.« Den Fall Wohlgemuth beantwortete Bismarck mit der Note, daß die deutsche Regierung genötigt sei, die Kontrolle des feindlichen Treibens auf die deutsche Seite der Grenze zu verlegen. In einer früheren Note hatte Bismarck angekündigt, Deutschland werde eine eigene Polizei auf schweizerischem Gebiet unterhalten, da die schweizerische Polizei keine Gewähr für eine sichere Ueberwachung der gegen die innere Sicherheit Deutschlands gerichteten Umtriebe biete, die von den in der Schweiz sich aufhaltenden Anarchisten und Sozialrevolutionären ausginge! Der Bundesrat erwiderte, daß es ihm unmöglich sei, sich mit irgend jemand in die Ausübung der Polizei auf schweizerischem Gebiete zu teilen, die Polizei bilde einen Ausfluß seiner Souveränität. Bismarck hatte aber auch Rußland und Oesterreich-Ungarn zu Protesten gegen die Bundesregierung mobil gemacht, die in Bern vorstellig wurden und erklärten, daß auch sie sich durch die Toleranz der Schweiz gegenüber revolutionären Elementen bedroht

fühlten. Allen drei Mächten erklärte der Bundesrat, daß er eine Diskussion über die Ergreifung von Maßnahmen gegenüber ausländischen Unruhestiftern ablehne. Schließlich griff Bismarck zu einem brutalen Mittel und erklärte, die Schweizer Neutralität könne von den Mächten nicht mehr garantiert werden. Bismarck schloß diese Note mit den Worten: »Dem Schutz der Neutralität durch die Mächte steht seitens der Eidgenossenschaft die Verbindlichkeit gegenüber, nicht zu dulden, daß von der Schweiz aus der Frieden und die Sicherheit anderer Mächte bedroht werden.« Bismarcks Erpressungsversuche scheiterten nach monatelangem Notenwechsel an der festen Haltung des Bundesrates.

Dieser unerfreuliche diplomatische Verkehr zwischen Berlin und Bern hatte aber seine Ursache nur darin, daß der Bundesrat nicht schon vor Jahr und Tag eine Giftpflanze auf Schweizer Boden ausgerottet und mit fester Hand zugepackt hatte: das Spitzeltum und seine Mitläufer, die Provokateure.

BUCHBESPRECHUNG

Paolo Rossi macht nicht mehr mit. Zuerst war er Faschist, dann linksbürgerlicher Demokrat, dann Sozialist, dann Kommunist, dann Parteiloser. Darauf hat er ein dreihundert Seiten starkes Buch geschrieben (Schweizerspiegel-Verlag) unter dem anspruchsvollen Titel: »Ich mache nicht mehr mit.« Das ließe die Frage aufwerfen, ob Paolo Rossi überhaupt jemals in irgendeiner dieser politischen Bewegungen ernstlich und beharrlich aus einer tiefen Ueberzeugung heraus mitgemacht hat. Sein Bekenntnisbuch ist aufrichtig genug, zahlreiche Proben der inneren Unsicherheit und Haltlosigkeit und der daherigen Schwäche zu geben, so daß der Verfasser, der gegen alle sich zum überheblichen Richter aufwirft und dabei von Eitelkeit nicht freizusprechen ist, in dieser Selbstbespiegelung schließlich wohl nur

sich selber bloßgestellt hat. Paolo Rossi gehört zum Typus des unpolitischen Eigenbrötlers, der von der Wucht der Ereignisse zwar in die politischen Zeitströmungen hineingeschleudert, aber mit fast beispielloser Grundsatzlosigkeit und der unbeschwerten Leichtigkeit eines Gummiballes sich bald von dieser, bald von jener Strömung eine Strecke weit mitreiben läßt. Es ist leider nicht zu vermuten, daß ein Neurastheniker dieser Art trotz allem seinem Gerede über das Suchen nach Wahrheit eines Tages zur tieferen Selbsterkenntnis vorstoßen werde. Diese müßte ihm sagen, daß er der unglückliche Sonderling ist, der überhaupt nirgends auf die Dauer mitmachen kann und dessen Widerspruch zur ganzen Welt im Grunde nur der Widerspruch zum eigenen Ich bloßlegt. E. N.